

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3544

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3544



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



«Das gegenwärtige Agrar- und Ernährungsmodell ist nicht nur ausser Stande, alle Menschen ausreichend und gesund zu ernähren. Es verursacht auch immense Umwelt- und Klimaschäden.»

Caritas-Positionspapier

Ernährung gerechter und klimaverträglich gestalten

In Kürze: Die Covid-19-Krise zeigt die Verwundbarkeit unserer vernetzten Welt auf. Die Pandemie trifft alle, doch sie trifft nicht alle gleich. Gerade in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens sind die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen massiv. Weltweit nehmen Armut, Ungleichheit und Hunger zu. Das gegenwärtige Agrar- und Ernährungsmodell ist nicht nur ausser Stande, alle Menschen ausreichend und gesund zu ernähren, es verursacht auch immense Umwelt- und Klimaschäden. Statt den Hunger zu bekämpfen, ist das Ernährungssystem von Profit, Ausbeutung und Machtkonzentration geleitet. Kennzeichnend hierfür stehen die monokulturelle Landwirtschaft und die industrielle Massentierhaltung.

Notwendig ist ein Kurswechsel: Im Rahmen der bewährten Entwicklungszusammenarbeit gilt es, noch stärker eine agrarökologische Landwirtschaft zu fördern. Auf bodenschonende und klimaverträgliche Weise können Bäuerinnen und Bauern im Süden höhere Erträge und Einkommen erzielen und dadurch grössere Eigenständigkeit erlangen. Weil Agrarökologie erwiesenermassen krisenfester ist als eine monokulturelle Landwirtschaft, sind die Menschen gleichzeitig besser vor abrupten Wirtschaftseinbrüchen und Handelsbeschränkungen, sowie vor zunehmenden durch den Klimawandel bedingten Dürren und Fluten gewappnet.

Hierzulande sollen sich Bundesrat und Parlament für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung einsetzen, wobei berücksichtigt wird, wie Essen produziert, verarbeitet, transportiert, verkauft und entsorgt wird. Ziel muss sein, umweltfreundliche, gesunde und fair produzierte Lebensmittel günstiger und konkurrenzfähig zu machen. Ebenfalls sollen Bund und Parlament eine gerechte und klimaverträgliche Handelspolitik verfolgen, welche die Menschenrechte von Kleinbauern und Kleinproduzenten stärkt sowie die Ernährungssicherung und -souveränität in den ärmeren Ländern begünstigt.

Das globale Ernährungssystem: weder nachhaltig noch krisenfest

Nach Jahren des Rückgangs steigt seit sechs Jahren der weltweite Hunger wieder an. Besonders betroffen sind Menschen in südasiatischen, lateinamerikanischen und insbesondere in subsahara-afrikanischen Ländern. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) führt den steigenden Hunger zurück auf Armut und Ungleichheit, auf die unsichere Lage in den vielen Konflikt-Regionen sowie, in zunehmendem Masse, auf die voranschreitende Erderhitzung: Bereits stellen klimabedingte Schocks für die UNO eine der Hauptursachen für akute Ernährungskrisen dar.

Katastrophen wie Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen haben sich seit Anfang der 1990er Jahre verdoppelt. Darunter leiden Bäuerinnen und Bauern in ländlichen Gebieten besonders. Die verheerenden Klimaauswirkungen zerstören ihre Ernte und ihren Viehbestand, ihre Häuser und Höfe, und somit unmittelbar ihre Lebensgrundlage: Die Klimakrise droht immer mehr, zur Hungerkatastrophe zu werden.

Hinzu kommt mit Covid-19 eine weltumspannende Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Erstmals seit den 1990er Jahren steigt die Zahl der extrem armen Menschen wieder an. Laut der Weltbank werden bis Ende 2021 bis zu 150 Millionen Menschen mehr um die nackte Existenz kämpfen. Im schlimmsten Fall gehen die Vereinten Nationen (UNO) von knapp 400 Millionen aus. Damit würde sich die Zahl der Menschen, die weltweit von weniger als 2 Franken pro Tag leben, auf mehr als eine Milliarde erhöhen.

Wie immer trifft es auch in der gegenwärtigen Krise die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsteile besonders. Schon in normalen Zeiten leben sie von der Hand in den Mund. Nun werden die Ärmsten gänzlich in Hunger und Not getrieben. Sie leiden an staatlich verordneten Ausgangssperren und an der einbrechenden Wirtschaft. Dadurch haben viele Menschen ihre Arbeit und ihr Einkommen verloren. Gleichzeitig leiden sie unter höheren Lebensmittelpreisen und daran, dass ihre Angehörigen im Ausland weniger Geld heimschicken. Fehlen geregelte Arbeitsverhältnisse und Ersparnisse, werden für Millionen von Markthändlern, Landarbeitern und Kleinstunternehmern wichtige Lebensmittel von einem Tag auf den anderen unerschwinglich. Ohne öffentliche Unterstützung und soziale Sicherungssysteme verlieren diese Menschen ihre Hoffnung auf eine angemessene Ernährung und ein Leben in Würde.

Nachhaltiges und inklusives Wachstum erforderlich

Seit vielen Jahrzehnten setzt sich die UNO für nachhaltige Entwicklung ein. Selbst die 38 wirtschaftsstärksten Nationen unter dem Dach der OECD fordern mittlerweile nachhaltiges und inklusives Wachstum für alle. Mit Corona wird allerdings deutlich, dass die Welt noch nicht auf Kurs ist. Besonders zeigt sich dies in der Ernährung: Die vorherrschende landwirtschaftliche Produktionsweise sowie die Art und Weise, wie wir uns weltweit ernähren – also das gesamte Ernährungssystem –, ist weder sozial und ökologisch nachhaltig noch gut gegen Krisen gewappnet. Drei Erklärungen dafür:

- Viele Länder im Süden setzen auf eine grossflächige und monokulturelle Landwirtschaft, in der Bäuerinnen und Bauern **für die Weltmärkte produzieren**. Vernachlässigt wird dabei die Ernährungssicherung der einheimischen Bevölkerung.
- Aufgrund der herausragenden Machtstellung grosser Agrarfirmen drohen Landwirte im Süden die Kontrolle über das Saatgut und somit ihre Unabhängigkeit zu verlieren. Wenige **international tätige Konzerne beherrschen den Weltmarkt für kommerzielles Saatgut** und für synthetische Pestizide.
- In der vorherrschenden industriellen Landwirtschaft und im gegenwärtigen, weltweit verzweigten Ernährungssystem kommt es immer wieder zu gravierenden Umweltschäden, **Landkonflikten und Arbeitsrechtsverletzungen**.

Arme Länder produzieren für die Weltmärkte

Viele Entwicklungsländer fördern wenige landwirtschaftliche Erzeugnisse, die für den Export bestimmt sind. In den 1980er und 90er Jahren rieten ihnen dazu die Weltbank und neoliberale Think Tanks ebenso wie mächtige Regierungen, allen voran die USA. Anstatt dass die Bäuerinnen und Bauern für die lokalen Märkte produzieren und für die eigene Ernährung sorgen, setzen viele Länder nach wie vor stark auf «cash crop» für den internationalen Handel. Die Corona-Pandemie zeigt nun einmal mehr, wie anfällig diese Exportstrategie auf Krisen reagiert. Vielerorts wurden Grenzen geschlossen, Handelswege blockiert, globale Lieferketten unterbrochen und die Produktion stillgelegt. Viele dieser Massnahmen waren nicht von langer Dauer. Dennoch, die Ernährungslage im Süden hat sich vielerorts dramatisch verschlechtert.

Grenzschiessungen und Handelseinschränkungen wirken sich immer auf den gesamten Nahrungsmittel-Kreislauf aus – von der Produktion über die Ernte, Lagerung und Verteilung bis zum Konsum und der Entsorgung von Nahrungsmitteln. Besonders hart trifft es dabei die «schwächsten Glieder» entlang global verzweigter Agrar- und Nahrungsmittel-Wertschöpfungsketten. Dazu gehören Kleinproduzenten, Landarbeiterinnen, Menschen auf Plantagen, die Früchte, Gemüse und Agrarrohstoffe wie Getreide, Kartoffeln, Raps, Kaffee oder Baumwolle anbauen, ernten und verarbeiten.

Brechen Nachfrage und Preise für Kakao schlagartig ein, leiden darunter in Ghana und der Elfenbeinküste, in Ecuador oder Indonesien hunderttausende Landarbeiter. Anders als etwa die drei Giganten in der Verarbeitung von Kakao mit Hauptsitz in Zürich oder Handelsniederlassungen in Genf haben die Landarbeiter im Süden kaum eine Möglichkeit, auf Preisschwankungen zu reagieren. Vergleichbar ist die Situation beim Anbau von Bananen in Kolumbien, Panama, Peru und Ecuador, von Kaffee in Vietnam, Indonesien, Guatemala und Äthiopien, von Blumen in Kenia, Tansania oder Uganda, oder von Soja in Brasilien und Argentinien.

Mittlerweile liegen 90 Prozent des Weltagrarhandels in der Hand von nur zehn Unternehmen.

Mittlerweile liegen 90 Prozent des Weltagrarhandels in der Hand von nur zehn Unternehmen. Alle grossen Agrarhändler wickeln globale Handelsgeschäfte über die Schweiz ab (siehe Kasten). Sie geben die Preise und Handelsbedingungen vor und nehmen Einfluss auf politische Entscheide. Zunehmend schwierig wird es hingegen für Landwirtinnen und Landwirte und für Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter im Süden. Sie sind dem Preisdruck und der Gefahr der Ausbeutung ausgeliefert.

Die Schweiz als internationale Handelsdrehscheibe

Die Schweiz ist für grosse Agrarhandelskonzerne attraktiv. Die Branche, die hierzulande von massgeschneiderten Steuerregimes und schwacher Regulierung im Rohstoffsektor profitiert, ist intransparent und verschwiegen. Wenig bekannt ist, dass mindestens die Hälfte des weltweit gehandelten Getreides, 40 Prozent des Zuckers, jede dritte Kakao- und Kaffeebohne, 25 Prozent der Baumwolle und 15 Prozent des Orangensaftes über Trader in der Schweiz gehandelt werden.

Hinzu kommt, dass Handelsunternehmen ihre Tätigkeiten und ihren Einflussbereich zunehmend ausdehnen. Bisweilen rücken sie bis in den Anbau der Rohstoffe vor. Dadurch können sie massgeblich über die Produktions- und Herstellungsbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungsketten entscheiden – zum Beispiel vom Anbau von Orangen auf den Plantagen über die Herstellung von Saft bis zum Abfüllen für den Verkauf. So bestimmen einige Konzerne immer stärker, was unter welchen Bedingungen angebaut, geerntet, verarbeitet, gehandelt und vertrieben wird.

Anhand der Ausdehnung der Rohstoffhändler bis in den Anbau von Agrarrohstoffen zeigt sich das grosse Machtgefälle in der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie: Millionen von Landwirten, Kleinproduzenten und Arbeiter stehen wenigen mächtigen Unternehmen gegenüber. Grosskonzernen, die einen sicheren Zugang zu Rohstoffen wollen, und die immer mehr Kontrolle über Preise und Produktionsbedingungen haben.

International tätige Saatgutkonzerne profitieren

Lokale bäuerliche Saatgutssysteme mit grosser Sortenvielfalt stellen die wichtigste Grundlage für die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern dar. Dennoch hat sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts die Kontrolle über das Saatgut verschoben: weg von den Landwirtinnen und Landwirten hin zu internationalen Agrarkonzernen. In den vergangenen Jahrzehnten haben global tätige Agrarkonzerne Getreidesorten gezüchtet und gentechnisch veränderte Sorten entwickelt, mit denen die Produktivität erhöht werden kann – sofern ausreichend Mineraldünger und Schädlingsbekämpfungsmittel eingesetzt werden. Dadurch konnte die weltweite Getreideproduktion mit der industriellen Landwirtschaft zwar erhöht werden. Aber längst nicht überall. Und alles andere als ökologisch und sozial nachhaltig. Auf vielen Mais-, Reis-, Weizen- oder Sojaanbauflächen konnten die Erträge nicht gesteigert werden, andere sind zusammengebrochen. Gleichzeitig verbreiteten sich gefährliche Resistenzen bei Unkraut.

Hinzu kommen negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Gesundheit: Reichen die Erträge nicht aus, um die hohen Produktionskosten wegen dem Kauf von kommerziellem Saatgut und den dazu notwendigen Pestizidmitteln zu decken, droht vielen Bäuerinnen und Bauern eine ausweglose Verschuldungsspirale. Ausserdem werden vielen Entwicklungsländern Substanzen verkauft, die von nationalen oder internationalen Behörden als wahrscheinlich krebserregend oder fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden. Bis zu 40 000 Menschen sterben jährlich durch Pestizidvergiftungen bei der Arbeit, allesamt in Entwicklungsländern.

Die offensichtlichen, ungleichen Machtverhältnisse im weltweiten Ernährungssystem haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren noch einmal deutlich verstärkt. Mittlerweile kontrollieren drei international tätige Konzerne 60 Prozent des Weltmarktes für kommerzielles Saatgut und 70 Prozent des Markts für Pestizide. In Handelsabkommen schützen Regierungen im Norden Konzernprofite, etwa durch Saatgutpatente und strikte Saatgutgesetze, welche zum Nachteil (klein-)bäuerlicher Produzentinnen und Produzenten in Entwicklungsländern sind.

Umweltschäden, Landkonflikte und Menschenrechtsverletzungen

Mittlerweile ist die globalisierte Agrarwirtschaft bei weitem der wichtigste Treiber für die weltweite Abholzung – mit dramatischen Folgen für Natur und Biodiversität sowie für das Weltklima. Im Amazonas-Regenwald verursacht die kommerzielle Landwirtschaft, insbesondere die Viehzucht und der grossflächige und exportorientierte Sojaanbau, 80 Prozent der Waldrodungen.

Im Wettbewerb um agrarische Flächen gerät die Nahrungsmittelproduktion für lokale Gemeinschaften immer mehr ins Hintertreffen.

Im Wettbewerb um agrarische Flächen gerät die Nahrungsmittelproduktion für lokale Gemeinschaften immer mehr ins Hintertreffen. Bereits rund ein Drittel der weltweiten Anbauflächen wird für die Produktion von Viehfutter verwendet. Dadurch konkurriert die industrielle Produktion von Agrarrohstoffen für den US-amerikanischen, chinesischen und Europäischen Verbrauch – Soja für Tierfutter, Zuckerrohr für Treibstoffe, Palmöl für Schokoriegel – immer stärker mit dem Anbau von Nahrungspflanzen für die Ernährungssicherung der Menschen im Süden.

Immer wieder kommt es zu gefährlichen Landkonflikten, etwa wenn international tätige Agrarkonzerne grosse Ländereien für den Anbau von Soja, Palmöl oder Zuckerrohr erwerben. Gerade mal ein Fünftel des Landes, das ländliche Gemeinschaften und indigene Völker in Entwicklungsländern bewirtschaften, ist rechtlich vor Landraub durch Regierungen und Unternehmen geschützt. Immer wieder kommt es zu Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverletzungen, zu Zwangs- oder Kinderarbeit.

Klimaveränderung, Landwirtschaft und Ernährung

Nebst den diskutierten Problemen – grosse Abhängigkeit vom Norden, gesundheitsschädigender Pestizideinsatz, gravierende Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen – kommt hinzu: Das globale Ernährungssystem, also die Art und Weise, wie wir uns weltweit ernähren, treibt die globale Klimaveränderung stark voran. Denn die weitverbreitete intensive, grossflächige Landwirtschaft und die Zerstörung der Regenwälder verursachen viele für das Klima schädliche Treibhausgase.

Das globale Ernährungssystem, also die Art und Weise, wie wir uns weltweit ernähren, treibt die globale Klimaerhitzung stark voran.

Gleichzeitig ist die (klein-)bäuerliche Landwirtschaft und die Nahrungsmittelversorgung bereits stark von den negativen Auswirkungen der Erderhitzung beeinträchtigt. Laut dem Bericht 2019 «Klimawandel und Landsysteme» des Weltklimarats der UNO bedroht die Erderwärmung zunehmend Existenzgrundlagen und Wohlergehen der Menschen. Seit den 1960er Jahren hat sich die Landfläche, die bei Dürren austrocknet, pro Jahr um mehr als ein Prozent vergrössert. Etwa eine halbe Milliarde Menschen leben heute in Regionen, die allmählich unfruchtbar werden – vor allem in Südasien, um die Sahara-Region und in Nordafrika.

Das Fazit der UNO ist eindeutig: Es braucht einen Kurswechsel in der globalen Ernährungs- und Landwirtschaft. Notwendig ist eine Landwirtschaft, die gutes und ausreichendes Essen produziert. Eine Landwirtschaft, die weniger schädliche Klimagase ausstösst. Eine Landwirtschaft, die anpassungsfähig und belastbar ist gegenüber klimatischen Veränderungen und zunehmenden Dürren und Überschwemmungen. Ein entscheidender Baustein, um ein gut funktionierendes Agrar- und Ernährungssystem zu erreichen, ist laut der FAO eine Landwirtschaft, die auf agrarökologische Bewirtschaftung des Bodens setzt. Auch die schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) betrachtet Agrarökologie als den bestgeeigneten Ansatz zur Erreichung eines nachhaltigen Ernährungssystems.

Zur Transformation in Richtung einer klimaverträglichen Landwirtschaft und eines gerechteren Ernährungssystems haben sich die internationale Staatengemeinschaft und die Schweiz mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichtet (siehe Kasten).

Die UNO-Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030

«Kein Hunger bis 2030» – auf dieses ambitionierte Ziel hat sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Bis dahin sollen weltweit alle Formen von Hunger und Fehlernährung überwunden sein. Damit die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) 1 «Armut beenden», SDG 2 «Hunger beenden», SDG 12 «nachhaltiger Konsum und Produktion» sowie SDG 15 «nachhaltige Ökosysteme» erreicht werden, fordert die Agenda eine nachhaltige Landwirtschaft und einen grundlegenden Umbau des Ernährungssystems. Vorangetrieben werden sollen lokal angepasste landwirtschaftliche Praktiken, die die Produktivität und die menschliche Gesundheit fördern, die ökologische Nachhaltigkeit erhalten und die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum sowie die soziale Stabilität fördern. Im Sommer 2021 verabschiedete der Bundesrat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030). Darin zeigt der Bund auf, wie die Schweiz die Transformationsagenda bis 2030 umsetzen soll. Unter anderem will der Bund «die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben». Konkret anerkennt der Bundesrat in der Strategie die Chancen der Agrarökologie. Er anerkennt, dass der Wandel hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem Herausforderungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette im In- und Ausland birgt. Dem entsprechend verfolgt die Strategie das Ziel, dass der Schweizer Konsum so wenig negative Auswirkungen wie möglich auf die Biodiversität im Ausland haben soll. Nun gilt es, die Strategie umzusetzen und den Worten Taten folgen zu lassen.

Agrarökologie: gut für die Menschen und gut für die Umwelt

Das von der UNO propagierte Konzept der Agrarökologie kann als Gegenmodell zur grossflächigen, industriellen Landwirtschaft und zum konzerngetriebenen Ernährungssystem betrachtet werden. Agrarökologie umfasst eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Form der Landwirtschaft. Sie zielt darauf ab, dass sich die Menschen vor Ort ausreichend und gesund ernähren können. Notwendig dafür ist ein gerechtes Ernährungssystem, das die ökologischen Grenzen und die Menschenrechte ebenso wie die kulturellen und ökonomischen Interessen aller beteiligten Menschen berücksichtigt.

Agrarökologie umfasst eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Form der Landwirtschaft.

Agrarökologie gründet auf traditionellem, lokalem Wissen und seinen Kulturen und verbindet es mit Erkenntnissen und Methoden moderner Wissenschaft. Ihre Stärke liegt in der Verbindung von Ökologie, Biologie und Agrarwissenschaften, aber auch von Ernährungskunde, Medizin und Sozialwissenschaften. Agrarökologie setzt auf das Wissen aller Beteiligten. Entscheidend ist deren praktischer Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssituation mit den vor Ort verfügbaren Ressourcen – neben Sonne, Wasser und Boden die natürliche, kultivierte Arten- und Sortenvielfalt.

Agrarökologische Ansätze setzen auf den Erhalt gesunder Böden respektive auf die Regenerierung degradierter Böden, was zu mehr Biodiversität über und unter der Erde führt. Ackerbau und Viehwirtschaft werden häufig gemischt und integriert betrieben. Dies sorgt für eine grössere Vielfalt in der Ernährung und für mehr Stabilität gegenüber äusseren Einflüssen wie Naturkatastrophen oder wirtschaftlichen Schocks.

Agrarökologie bedeutet lokale Lösungen durch lokale Akteure. Bäuerliche Produzentinnen und Produzenten sollen über ihr eigenes Saatgut und ihre natürlichen Lebensgrundlagen verfügen. Gefördert wird eine ortsnahe Versorgung mit gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln durch regionale und faire Vermarktungsnetzwerke. Lebensmittel sollen einen fairen Preis erzielen, den Produzierende brauchen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Negative Folgen für die Umwelt, die bei der Herstellung anfallen, sollen im Preis mitberücksichtigt werden.

Schliesslich leistet die Agrarökologie einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Agrarökologische Ansätze verursachen weniger schädliche Klimagase, da weniger Stickstoff gedüngt und damit weniger Lachgas freigesetzt wird. Gleichzeitig wird auf eine intensive Tierhaltung verzichtet, was den Ausstoss von Methan bei Wiederkäuern und von Ammoniak durch Hofdünger vermindert. Tiere werden ohne industriell hergestelltes Kraftfutter gehalten, das wegen Waldrodungen und intensivem Ackerbau für hohe Emissionen verantwortlich ist.

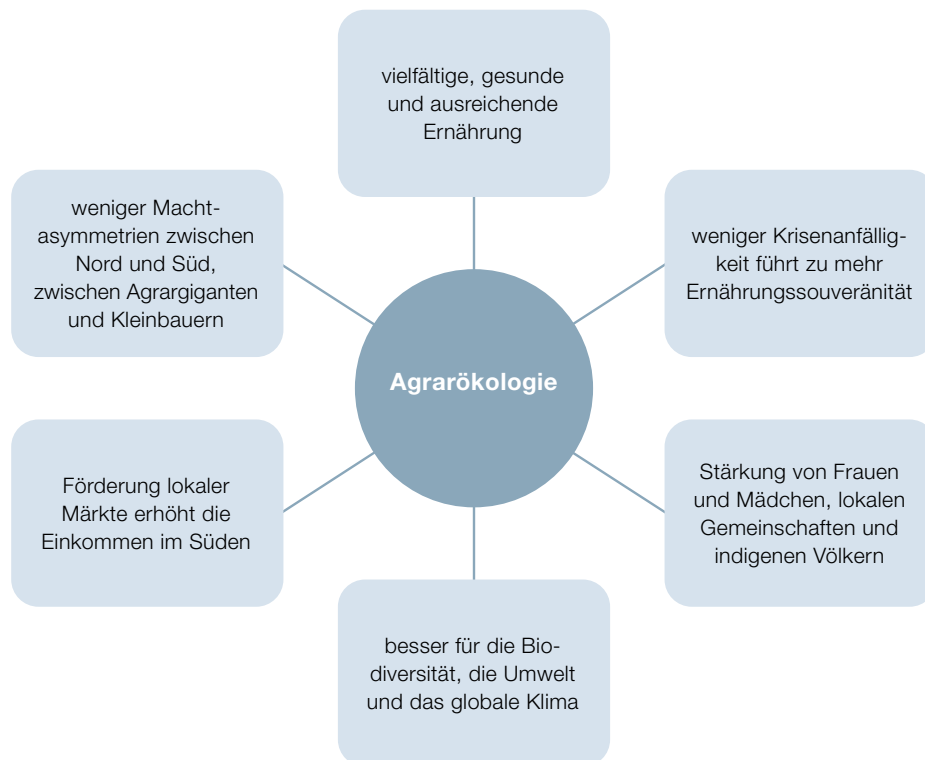


Abbildung 1: Vorteile einer nachhaltigen, agrarökologischen Landwirtschaft im Vergleich zur industriellen, exportorientierten Landwirtschaft

Erkenntnisse für einen sozial-ökologischen Umbau im Bereich Ernährung

Die Corona-Pandemie und die Klima-Krise zeigen die Dringlichkeit auf, dass eine Korrektur im globalen Ernährungssystem unabdingbar ist. Damit die Ernährung gerechter, krisenfest und klimaverträglich wird, braucht es zwei Dinge: mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und mehr Nachhaltigkeit im weltweiten Ernährungssystem.

Mehr Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion

Die industrielle, auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft befindet sich in einer Sackgasse: Es wird versucht, die Produktionseinbußen aufgrund der Klimaveränderung durch weitere Intensivierung wettzumachen. Doch der Einsatz von immer grösseren Landwirtschaftsmaschinen und fossilen Treibstoffen, von noch mehr Kunstdünger, synthetischen Pestiziden und Agrochemikalien erhöht den Ausstoss klimaschädlicher Gase, statt ihn zu vermindern.

Weitere Probleme der grossflächigen Landwirtschaft sind Waldrodungen und der Verlust von Biodiversität, ein immenser Wasserverbrauch und eine schädliche chemische Belastung der Umwelt. Dadurch wird letztlich die Übernutzung der natürlichen Ressourcen weiter vorangetrieben und die Verwundbarkeit der Ärmsten gegenüber den Klima-Auswirkungen erhöht.

Im Zuge der Umwälzungen durch Corona bietet sich die Gelegenheit, die weltweite Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit auszurichten. Notwendig ist eine Landwirtschaft, die weniger schädlich für das globale Klima und gleichzeitig widerstandsfähiger gegenüber sich ändernden Klimabedingungen ist. Ebenso notwendig ist eine Landwirtschaft, die auch ärmere Menschen sicher und gesund ernähren kann. Nachweislich erfüllt eine agrarökologische Bewirtschaftung von landwirtschaftlichem Boden all diese Bedingungen. Gerade in Weltgegenden, die häufig stark von Hunger betroffen sind, können dank der Agrarökologie die Erträge auf eine nachhaltige und krisenfeste Art und Weise ausgebaut und die Ernährungslage insgesamt verbessert werden.

Abbildung 2: Voraussetzungen für einen sozialen und ökologischen Umbau in der Ernährung

Mehr Nachhaltigkeit im weltweiten Ernährungssystem

Die schweizerische Wirtschaft ist stark in die globale Agrar- und Nahrungsmittelindustrie eingebunden. Viele gewichtige Saatgut-, Pestizid- und Nahrungsmittelfirmen haben ihren Sitz in der Schweiz. Zudem wickeln viele Agrarrohstoff-Handelsfirmen ihre Geschäfte über Genf oder Zug ab. All ihre Geschäftsmodelle hängen vom kontinuierlichen Ausbau eines auf Monokulturen basierenden und auf den Export spezialisierten Ernährungssystems ab.

Aufgrund ihrer Marktmacht sind die hiesigen Handelsfirmen mitverantwortlich für die oft unhaltbaren Zustände im Anbau von Agrarrohstoffen sowie von Früchten und Gemüse in Entwicklungsländern. Dazu gehören bisweilen Hungerlöhne, die vom Tagesoutput abhängig gemacht werden, die Gefahr gesundheitlicher Schädigungen beim Versprühen von Pestiziden sowie körperliche Schwer- und (in manchen Fällen) Kinderarbeit.

Die Covid-19-Krise zeigt die Notwendigkeit, problematische Aspekte des gegenwärtigen globalen Ernährungssystems zu reformieren. Vermehrt muss es gelingen, dass Entwicklungsländer und ihre Bewohner weniger abhängig von globalen Wertschöpfungsketten und von internationaler Preisgestaltung bei den Agrarrohstoffen sind. Vermehrt gilt es, Sozialversicherungssysteme zu fördern und menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne garantieren zu können. Nicht verhandelbar ist das Recht auf angemessene Ernährung und die Menschenrechte von Landarbeitern und indigenen Völkern sowie der Schutz von Natur und Klima.

Mehr Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion

- Menschen im Norden wie im Süden müssen sich ausreichend und gesund ernähren können.
- Anbau und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte muss sich an das sich ändernde Klima anpassen und gleichzeitig weniger klimaschädliche Treibhausgase verursachen.

Mehr Nachhaltigkeit im weltweiten Ernährungssystem

- Die Rechte der Menschen im Süden müssen gestärkt, und ihre Selbstbestimmung und Ernährungssouveränität gefördert werden.
- Internationale Abhängigkeiten müssen abgebaut, und die Wertschöpfung vor Ort ausgeweitet werden.

Die schweizerische Agrarpolitik

Jedes Jahr unterstützt der Bund die hiesige Landwirtschaft mit 3,5 Milliarden Franken. Das ist deutlich mehr, als für internationale Entwicklungshilfe und Klimaprojekte in ärmeren Ländern zur Verfügung steht. Mit der «Agrarpolitik ab 2022» (AP22+) bot sich für die Schweiz die Chance, ihre Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft sozialer, klimaschonender und gegenüber von Entwicklungsländern gerechter auszugestalten. Leider fand die Vorlage im Parlament keine Mehrheit.

Ebenfalls abgelehnt wurden im Sommer 2021 zwei Landwirtschaftsinitiativen, die im Grundsatz in eine weltverträgliche Richtung gingen: Gefördert werden sollte eine Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser. Unterstützt werden sollten Landwirtschaftsbetriebe, die chemisch-synthetisch pestizidfrei produzieren und den eigenen Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernähren können.

Ungeachtet der verpassten Chancen für eine Neuausrichtung in der Agrarpolitik hat sich die Schweiz mit der SNE 2030 klare Nachhaltigkeitsziele gesetzt. Basierend auf internationalen Verpflichtungen (Agenda 2030, Pariser Klimaabkommen) und im eigenen Interesse muss der Bund die schweizerische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in eine sozial-, umwelt- und klimaverträgliche Richtung lenken: Da die konventionelle Landwirtschaft immer noch mehr als 80 Prozent der Produktion ausmacht, muss biologischer Landbau stärker gefördert werden. Gleichzeitig gilt es, Nahrungsmiteleinfuhren aus nachhaltiger Produktion und gerechtem Handel stärker zu unterstützen. Ebenfalls wichtig sind Massnahmen gegen Food Waste und für einen bewussten Fleischkonsum. Schädliche «Inputs» wie Kraftfutter, Mineraldünger und künstliche Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft gilt es stark zu vermindern.

Forderungen der Caritas

Um die Ernährung gerechter, krisenfest und klimaverträglich zu gestalten, hat Caritas Schweiz folgende Forderungen an Politik und Verwaltung:

- Im Rahmen ihrer bewährten Entwicklungszusammenarbeit soll die DEZA umwelt- und sozialverträgliche Anbaumethoden in der **agrärökologischen Landwirtschaft** vorantreiben. Gerade im Globalen Süden können kleinbäuerliche Strukturen und mittelgrosse Landwirtschaftsbetriebe dank agrärökologischen Praktiken auf bodenschonende und emissionsarme Weise mehr produzieren und höhere Einkommen erzielen. Weil Agrarökologie gegenüber der Erderhitzung widerstandsfähiger ist, sind die Menschen gleichzeitig besser auf klimatisch aussergewöhnliche Wetterereignisse wie Dürren und Starkregen vorbereitet.
- Bundesrat und Parlament müssen eine **gerechte und klimaverträgliche Handelspolitik** verfolgen, welche die Ernährungssicherung in den Partnerländern begünstigt. Weder darf die industrielle, monokulturelle Landwirtschaft gefördert werden, noch darf die Handelspolitik einer agrarökologischen Produktion im Wege stehen und den Zugang lokaler Bauern zu Saatgut erschweren. Handelsabkommen müssen die Lebensumstände und Bedürfnisse ärmerer Menschen sowie die Potenziale von Produzenten in den Entwicklungsländern stärker berücksichtigen und fördern. Ebenso müssen sie Bestimmungen enthalten, die sicherstellen, dass die Partnerländer die Umwelt- und Arbeitsnormen, zu denen sie sich verpflichten, auch tatsächlich umsetzen.
- Caritas erwartet, dass der Bundesrat Massnahmen einleitet, damit die Auswirkungen **unserer Produktions- und Konsummuster** auf die Ernährungssicherung der Menschen im Süden berücksichtigt werden. Nachhaltig und unter Wahrung der Menschenrechte produzierte Lebensmittel müssen günstiger und konkurrenzfähig werden, und benötigen entsprechende Unterstützung. Bundesrat und Parlament müssen sich für eine sozial-ökologische Kreislaufwirtschaft mit nachhaltigen und fairen Wertschöpfungsketten einsetzen – eine Ernährungswirtschaft, die berücksichtigt, wie Essen produziert, verarbeitet, transportiert, verkauft und entsorgt wird.
- Bundesrat und Parlament müssen sich dafür einsetzen, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz weltweit **Kinder- und Menschenrechte** sowie **Umwelt- und Sozialstandards** bei der Produktion von agrarischen Produkten und in den Wertschöpfungsketten von Lebensmitteln achten. Mittels einer verbindlichen Regulierung muss sichergestellt werden, dass die in der Schweiz ansässigen Nahrungsmittelfirmen und Rohstoffhändler die in den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verankerte Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Menschenrechte und die Umwelt umsetzen. Unter keinen Umständen darf der schweizerische Agrarhandel zu Ernährungsunsicherheit im Süden führen.
- Der aktuelle Klimabericht des Weltklimarates zeigt: Die Erderhitzung schreitet ungebremst voran. Jedes halbe Grad mehr verursacht merklich extremere Temperaturen, erhöht die Intensität von Starkniederschlägen, verstärkt Dürren in vielen Regionen und verschlechtert die Ernährungsgrundlage der Ärmsten. Die Schweiz muss Verantwortung übernehmen und klimagerecht handeln. Bundesrat und Parlament müssen sich dafür einsetzen, dass die Schweiz ihre Klimapolitik sukzessive, ambitioniert und sozialgerecht den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens anpasst und ihre Internationale Zusammenarbeit (IZA) ausbaut, damit dringend benötigte **zusätzliche Mittel für Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen** in Entwicklungsländern bereitstehen. Schliesslich ist es im Interesse der Schweiz, ärmere Länder stärker darin zu unterstützen, einen CO₂-armen und klimaangepassten Entwicklungspfad zu verfolgen.

September 2021

Autor: Patrik Berlinger, Fachstelle Entwicklungspolitik
E-Mail pberlinger@caritas.ch, Telefon 041 419 23 95

Dieses Positionspapier steht unter
www.caritas.ch/positionspapiere zum Download bereit



Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
Telefax: +41 41 419 24 24
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
Postkonto: 60-7000-4
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116